

Reiner Hoffmann

**Grußwort des DGB-Vorsitzenden zum 6. Ordentlichen
Gewerkschaftskongress der IG BCE
„Gemeinschaft.Macht.Zukunft.“**

Sonntag, 08. Oktober 2017

**Hannover Congress Centrum - Kuppelsaal
Theodor-Heuss-Platz 1-3, 30175 Hannover**

Anrede,

seit Gründung der IG BCE konnte ich an all Euren Kongressen teilnehmen, zuletzt vor vier Jahren, damals noch im Team der Landesbezirksleiter.

Heute, zur Eröffnung des 6. Gewerkschaftskongresses, ist es mir eine besondere Ehre, und eine große Freude, euch als Vorsitzender des DGB die herzlichen Glückwünsche zum 20. Geburtstag im Namen des DGB-Bundesvorstandes und des Geschäftsführenden Bundesvorstands zu überbringen.

Seit 1972 bin ich Mitglied unserer Organisation. Ich habe ihr einiges zu verdanken. Ihr wart es, die mir zugetraut haben, Verantwortung an der Spitze unseres Dachverbandes zu übernehmen, zusammen mit den sieben Mitgliedsgewerkschaften und den Delegierten der 20. OBK, die mich im Mai 2014 gewählt haben.

Die IG BCE ist sicherlich nicht ein immer nur bequemer oder einfacher Partner - aber ein sehr verlässlicher und konstruktiver Partner in der Familie des DGB.

Das gilt im Übrigen auch für alle Mitgliedsgewerkschaften des DGB.

Gerade die Verantwortung, die wir als Einheitsgewerkschaft für die vielfältigen Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben, erfordert einen kritischen Diskurs untereinander, genauso wie wir Geschlossenheit im politischen Raum und gegenüber den Arbeitgebern brauchen.

Das macht uns stark und erfolgreich und ganz selbstbewusst sage ich: Mit unserer Vielfalt und unserer Geschlossenheit haben wir für gute Arbeits- und Lebensbedingungen in unserem Lande gesorgt.

Anrede,

wie stark wir sind, zeigen wir in jeder Tarifrunde und haben wir in den letzten vier Jahren der Großen Koalition bewiesen.

Unsere Erfolgsbilanz kann sich sehen lassen. Dazu nur einige Beispiele:

Wir haben den gesetzlichen Mindestlohn.

Wir sind beim Schutz gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit vorangekommen

und haben Verbesserungen bei der gesetzlichen Rente und der betrieblichen Altersvorsorge durchgesetzt.

Wir haben die rein technikzentrierte Debatte um Industrie 4.0 beendet. Wir führen jetzt eine Debatte über die Arbeit der Zukunft, in deren Mittelpunkt der Mensch steht.

Dank Eures Engagements hat Sigmar Gabriel als Wirtschafts- und Energieminister mit den EEG-Reformen erste wichtige Schritte unternommen, um Ordnung in die Energiewende zu bringen.

Gemeinsam haben wir das Thema öffentliche Investitionen für einen handlungsfähigen Staat und einen zukunftsfähigen Industriestandort wieder ganz nach vorne gebracht.

Durch unsere Mitwirkung im Bündnis „Zukunft der Industrie“ haben wir gewerkschaftliche Impulse setzen können für eine aktive Industrie- und Strukturpolitik in Deutschland und Europa.

Trotz guter Wirtschaftslage und einer Rekordbeschäftigung bleibt es aber auch dabei: Viele Menschen blicken mit Sorge in die Zukunft.

Flüchtlinge, Kriminalität und Terror sind Themen, die bei den Menschen Verunsicherung auslösen.

Nach zwölf Jahren Merkel-Regierung geht es in unserem Land sozial ungerecht zu und die gesellschaftliche Spaltung hat zugenommen.

Das Motto der Bundeskanzlerin – „Es geht uns gut“ – ist nicht aufgegangen.

Daran lassen die Ergebnisse der Bundestagswahl keinen Zweifel!

Anrede,

die Große Koalition ist abgewählt worden.

Natürlich gehört es zur Normalität in demokratischen Gesellschaften, dass Regierungen abgewählt werden und andere Regierungskoalitionen Verantwortung für die Geschicke unseres Landes übernehmen.

Am 24. September ist aber nicht nur die Große Koalition abgewählt worden. Zum ersten Mal seit 1949 zieht eine rechtsnationale Partei in den Deutschen Bundestag ein.

Sie stellt künftig die drittstärkste Fraktion - darunter Abgeordnete, die rechtsextremistische und rassistische Einstellungen teilen.

Dies kann ich nicht, dies dürfen wir nicht als Normalität akzeptieren.

- Ich finde es nicht normal, dass Rechtsradikale und Rechtspopulisten im deutschen Parlament sitzen.
- Ich finde es auch nicht normal, dass Gewerkschafter AfD wählen.
- Ich finde es überhaupt nicht normal, dass Wähler glauben, ihren Protest nur noch durch eine solche Wahl ausdrücken zu können.

Das bereitet uns natürlich Sorge und damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Auch wir müssen uns der Frage stellen, warum so viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen ihre eigenen Interessen gestimmt haben.

Anrede,

es stimmt: Die meisten Menschen in Deutschland nehmen die wirtschaftliche Lage und ihre eigene Situation positiv wahr.

Richtig ist aber auch, dass viele Menschen sich Sorgen um die Zukunft machen und den sozialen Zusammenhalt als gefährdet ansehen.

Sie sorgen sich mit Blick auf den technologischen Wandel um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze.

Sie fragen: Wird die Rente für ein ordentliches Leben im Alter reichen?

Sie empfinden Kontrollverlust und fühlen sich immer stärker auf sich selbst gestellt. Wie wird die Zukunft ihrer Kinder aussehen?

Wir wissen, dass soziale Gerechtigkeit für mehr als 90 Prozent der Menschen von zentraler Bedeutung ist.

Gerade Gewerkschaftsmitglieder sind besonders sensibel für soziale Gerechtigkeitsfragen.

Die von der HBS geförderte Studie „Einstellung und soziale Lebenslage“ zeigt wie in einem Brennglas, dass die konkreten Erfahrungen von Mitbestimmung, Tarifbindung und Sicherheit am Arbeitsplatz Menschen deutlich weniger anfällig für Rechtspopulisten und Protestwahlen macht.

Anrede,

unsere Anforderungen an die zukünftige Bundesregierung lauten daher:

mehr Sicherheit im Betrieb mit Tarifverträgen,

eine starke Mitbestimmung,

eine Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, die Gute Arbeit fördert und sichert.

Wir werden die zukünftige Regierung daran messen, dass unsere zentralen Anforderungen, die wir an die Parteien zur Bundestagswahl gestellt haben, in konkrete Politik umgesetzt werden.

Ich habe allerdings erhebliche Zweifel, ob die vor uns liegende Reise nach Jamaika für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine gute Reise wird.

Schauen wir nach Schleswig-Holstein.

Dort gibt es bereits eine Jamaika-Koalition. Eine der ersten Entscheidungen war es, den Landesmindestlohn nicht zu verlängern.

Von wem wird das Sozialministerium geführt? Von der FDP.

Ähnlich sieht es im Bund aus. Beim Mindestlohn möchte die FDP unter dem Kampfbegriff „Entbürokratisierung“ Kontrollen abbauen und weitere Ausnahmen zulassen.

Die Grünen wollen den Mindestlohn ausnahmslos für alle. Das ist vernünftig.

Alles andere als vernünftig ist es aber, wenn die Grünen sich jetzt mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen als „Ausstiegspartei“ profilieren.

Anrede,

unter dem Dach des DGB werden wir gemeinsam alles dafür tun, dass Jamaika keine Irrfahrt wird, die den sozialen Zusammenhalt aufs Spiel setzt.

Selbstverständlich treten wir als Gewerkschaften für den Klimaschutz und eine kluge Energiewende ein. Klug heißt: Der tiefgreifende Strukturwandel, den der Abschied von fossilen Energieträgern erfordert, muss die sozialen- und wirtschaftlichen Folgen im Blick haben.

Genau das passiert nicht, wenn die Grünen ihren ökologischen Feldzug gegen die Braunkohle und den Verbrennungsmotor in der Jamaika-Koalition fortsetzen – und dabei blind sind für die negativen Folgen, die ein zu kurz gedachter Ausstieg

- a) auf die Beschäftigung,
- b) die Kosten für die Stromverbraucher und
- c) ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum haben würde.

Was es für unsere Demokratie bedeutet, wenn Energie- und Verkehrswende für die Menschen gleichbedeutend sind mit Perspektivlosigkeit und drohender Deindustrialisierung, das sehen wir doch in der Lausitz.

Dort haben die Rechtspopulisten mit ihrer Leugnung des Klimawandels erschütternde Wahlergebnisse erzielt.

Inklusives Wachstum und eine nachhaltige Entwicklung sind für uns Gewerkschaften zentrale Ziele.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass die ökologische, soziale und wirtschaftliche Dimension von Nachhaltigkeit im Gleichgewicht bleiben.

Wie und dass das geht, das habt Ihr mit dem Ausstieg aus der Steinkohle gezeigt.

Die letzte Steinkohlegrube wird bis Ende des kommenden Jahres schließen.

Ihr habt Euch erfolgreich dafür stark gemacht, dass der schmerzhafteste Abschied von der Steinkohle und der damit verbundene Strukturwandel sozialverträglich ausfallen. Es ist Euer Verdienst, dass keiner ins Bergfreie fallen wird!

Anrede,

wir brauchen langfristig angelegte Konzepte zur Begleitung des energie-, verkehrs- und industriepolitischen Strukturwandels.

Dabei geht es um riesige Investitionsentscheidungen und Hunderttausende von Arbeitsplätzen.

Da bringt uns eine Jamaika-Koalition nicht weiter, in der die FDP aktive Industriepolitik als ordnungspolitisches „No Go“ betrachtet und die Grünen unrealistische Ausstiegsszenarien verkünden.

Alle drei Koalitionspartner, insbesondere die Union mit Angela Merkel, müssen soziale Verantwortung übernehmen.

Anrede,

die neue Bundesregierung muss auch Verantwortung für Europa übernehmen.

Alles, was eine sozialverträgliche Gestaltung von Energie- und Verkehrswende ausmacht, funktioniert nicht, wenn Europa nicht handlungsfähig ist.

Die Klimaschutzziele von Paris und die Klimaziele der EU bis 2030 werden wir nur erreichen, wenn Deutschland mit seinen europäischen Partnern eng zusammenarbeitet.

Ein starkes und solidarisches Europa ist Voraussetzung für eine aktive, nachhaltige und kohärente europäische Industriepolitik.

Hand in Hand gehen muss eine solche Industriepolitik mit einer europäischen Klima- und Umweltschutzpolitik, die darauf ausgerichtet ist, Unternehmen in Europa zu halten und Investitionen massiv fördert.

In diesem Zusammenhang muss auch der europäische Investitionsfonds von Kommissionspräsident Juncker weiter ausgebaut werden.

All dies kann gelingen, wenn endlich eine Kehrtwende in der europäischen Wirtschaftspolitik eingeleitet wird. Sie muss auf nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung durch mehr Binnennachfrage setzen.

Wir müssen weg von einer besinnungslosen Sparpolitik, die die wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten zwischen und in den Mitgliedstaaten immer weiter verschärft hat. Emanuele Macron hat dies erkannt und wichtige - und wie ich finde richtige - Reformvorschläge für die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik gemacht.

Und:

Die sozialen Grundrechte der Beschäftigten müssen endlich Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten erhalten.

All dies sind zentrale Voraussetzungen dafür, dass Europa das Vertrauen seiner Bürger zurück gewinnt und nicht noch weiter auseinanderdriftet.

Europa ist zu wichtig und wir dürfen es nicht scheitern lassen.

Weiterkommen werden wir nur dann, wenn die nächste Bundesregierung endlich aufhört, ihren Partnern ein deutsches Europa aufzwingen zu wollen. Was wir stattdessen brauchen, ist ein europäisches Deutschland, das sich konsequent für mehr soziale Demokratie in der EU einsetzt.

Nächsten Monat findet in Göteborg der Europäische Sozialgipfel statt. Dort haben die 27 Regierungen der Mitgliedstaaten die Chance klare Zeichen zu setzen für eine verbindliche Stärkung der sozialen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wir erwarten keine Lippenbekenntnisse und unverbindliche Versprechungen.

Die sozialen Grundrechte, wie sie in der Europäischen Grundrechtecharta festgeschrieben sind müssen gesärkt werden.

Dazu gehören das Recht auf gesunde, sichere und würdige Arbeitsbedingungen,
das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren und Tarifverträge auszuhandeln,
das Recht auf Mitbestimmung,
das Recht auf gesunde, sichere und würdige Arbeitsbedingungen
und das Recht auf Schutz vor sozialer Ausgrenzung und Armut.
Das stärkt die soziale Demokratie in Europa.

Anrede,

eine tragende Säule der sozialen Demokratie ist für uns die Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen. Das gilt auch für Europa.

Deshalb setzen wir uns für stärkere Europäische Betriebsräte ein.

Deshalb kämpfen wir gegen die fortschreitende Aushöhlung der deutschen Unternehmensmitbestimmung durch europäisches Gesellschaftsrecht.

Letztes Jahr haben wir den 40. Geburtstag des 76er Mitbestimmungsgesetzes gefeiert.

Dieses Gesetz hätte es vermutlich nicht gegeben, wenn sich damals nicht Herrmann Rappe, der spätere Vorsitzende der IG CPK, und Adolf Schmidt, langjähriger Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, dafür stark gemacht hätten.

Als Bundestagsabgeordnete der SPD haben sie wesentlich dazu beigetragen, dass das Mitbestimmungsgesetz verabschiedet wurde.

Bis heute müssen wir immer wieder die hart erkämpften Mitbestimmungsrechte schützen und verteidigen. Zum Beispiel gegen das europäische Gesellschaftsrecht.

Es muss endlich Schluss damit sein, dass die Europäische Kommission immer wieder neue Schlupflöcher für Unternehmen öffnet, die sich durch Verlegung ihres Sitzes der Mitbestimmung entziehen wollen.

Wir wollen ein Europa, das sich für die Beteiligung der Beschäftigten in den Aufsichtsräten ihrer Unternehmen einsetzt.

Da sehe ich durchaus Grund zur Hoffnung:

In seinem jüngsten Urteil hat der Europäische Gerichtshof bestätigt: Unsere Mitbestimmung ist mit dem europäischen Recht vereinbar!

Damit unterstreicht der Europäische Gerichtshof die Bedeutung der Unternehmensmitbestimmung für die soziale Demokratie in Europa.

Anrede,

Demokratie endet nicht vor dem Werktor.

Mitbestimmung macht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu Bürgerinnen und Bürgern im Betrieb.

Deshalb treten wir für eine starke betriebliche und Unternehmens-Mitbestimmung ein.

Dafür haben wir unsere Offensive Mitbestimmung auf den Weg gebracht.

Die Arbeitswelt befindet sich in einem rasanten Wandel. Nur bei der Mitbestimmung wollen uns die Arbeitgeber weiterhin völligen Stillstand verordnen. Diesen Stillstand müssen wir überwinden!

Wir müssen die Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten weiter ausbauen angesichts der neuen Herausforderungen, die vor allem die Digitalisierung von Arbeits- und Wirtschaftswelt mit sich bringt.

Arbeiten ist zunehmend zeit- und ortsungebunden möglich. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach einem zeitgemäßen Betriebsbegriff im Betriebsverfassungsgesetz.

Wir brauchen hier dringend ein update, das den betrieblichen Realitäten unter den Bedingungen fortschreitender Digitalisierung gerecht wird. Oder anders ausgedrückt: Wenn Demokratie nicht vor dem Werktor enden soll, brauchen wir neue Klarheit darüber, wo sich das Werktor eigentlich befindet.

Anrede

Gleichzeitig müssen wir aber die soziale Demokratie auch im Betrieb besser schützen. Die Verhinderung von Betriebsratswahlen und die Behinderung von Betriebsräten scheinen ein neuer Volkssport geworden zu sein.

Ihr kennt das auch bei der IG BCE. In immer mehr Betrieben greifen die Arbeitgeber zu diesen skandalösen Praktiken.

Anrede

Wer die Wahl oder die Arbeit von Betriebsräten behindert, macht sich strafbar und muss hart bestraft werden. Das ist kein Kavaliersdelikt!

Durch die systematische Betriebsratsbehinderung wird ein demokratisches Grundrecht – das Recht auf freie Wahlen – mit Füßen getreten. Dieses Grundrecht muss wirksam gegen jede Art von Betriebsratsbehinderung verteidigt werden. Auch daran werden wir die neue Bundesregierung messen.

Von März bis Mai 2018 sind bei Euch in der IG BCE fast eine Million Beschäftigte in den Betrieben dazu aufgerufen, neue Betriebsräte zu wählen.

- Jedes gewählte Betriebsratsmitglied trägt zur Gestaltung von Guter Arbeit bei.
- Jedes gewählte Betriebsratsmitglied stärkt die Demokratie im Betrieb.
- Jedes gewählte Betriebsratsmitglied kann dafür sorgen, dass die Rechtspopulisten im Betrieb nicht Fuß fassen.

Deshalb schließe ich damit ab, dass ich Euch viel Erfolg bei der Wahl wünsche. Bei den letzten Betriebsratswahlen haben 77 Prozent der Wahlberechtigten in Eurem Organisationsbereich für die Kandidaten der IG BCE gestimmt.

90% der Betriebsratsvorsitzenden gehören der IG BCE an. Das sind super Zahlen – und ich bin sehr zuversichtlich, dass das so bleibt.

Demokratie ist weit mehr als alle vier Jahre den Bundestag zu wählen.

Demokratie lebt von der Beteiligung mündiger Bürgerinnen und Bürger am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben und von ihrem Engagement für den sozialen Zusammenhalt. Die Mitbestimmung im Betrieb und in der Verwaltung ist ein zentraler Eckpfeiler dieser gelebten Demokratie!

Ich wünsche Euch einen erfolgreichen Verlauf Eures Kongresses!

Glück auf!